



VORWORT

Anpacken statt taktieren!



Jörg Bruchmüller

... Die GdP setzt sich für den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ein. ... Die Ziele der GdP sollten erreicht werden durch Einwirkung auf die Gesetzgebung, Abschluss von Tarifverträgen, Verhandlungen mit den Behörden und, soweit erforderlich, gewerkschaftlicher Kampfmittel. ...

Diese Aufgaben- und Zielbeschreibung unserer Satzung ist unsere ständige Leitlinie. Mit diesem eigenen Anspruch hat die GdP seit 60 Jahren für unsere Kolleginnen und Kollegen viele soziale Erfolge errungen. Am 13. Februar hat die hessische GdP in Baunatal genau deswegen anlässlich des Ministerpräsidentenempfangs demonstriert. Völlig losgelöst von den gewöhnungsbedürftigen Rahmenbedingungen dieser Demonstration sollte das eigentliche Anliegen der Kolleginnen und Kollegen nicht ausgeblendet werden.

Die GdP fordert Tarifabschlüsse mit angemessenen Einkommenszuwächsen und die Abkehr von der 42-Stunden-Woche!

Die politisch Verantwortlichen haben vor, während und nach der Veranstaltung Einfluss genommen, um die GdP-Aktion in ein schlechtes Licht zu rücken und Kolleginnen und Kollegen von der Demo-Teilnahme abzuhalten – eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den GdP-Forderungen erfolgte jedoch nicht.

In meinem offenen Brief vom 15. Februar 2007 an Innenminister Bouffier habe ich mein Befremden über die Verhaltensweise der Landesregierung zum Ausdruck gebracht. Es ist ein Wesensmerkmal unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer im friedlichen Dialog austauschen

können und austauschen sollen! Dazu gehört zweifelsfrei auch das Recht auf freie Meinungsäußerung und der Wille beider Parteien, Verhandlungen aufzunehmen.

Es gilt nun den Blick nach vorn zu richten, um im hoffentlich nun stattfindenden gemeinsamen Dialog, Chancen für eine Weiterentwicklung unserer Polizei wahrzunehmen.

Die Föderalismusreform und die damit verbundenen Gestaltungsmöglichkeiten für die Bundesländer werden die hessische Landesregierung auf den Prüfstand stellen.

Was ist ihr die hessische Polizei wirklich wert? Wie sieht es mit Tarifverhandlungen aus? Wie kann der Stellenplan im Vollzugsbereich strukturell verbessert werden und im Besonderen der Bereich von A 11 bis A 13 eine prozentuale Ausweitung erfahren?

In anderen Bundesländern hat der Gestaltungsprozess längst begonnen. In Hessen spielt man offensichtlich auf Zeit, denn die Landtagswahl steht vor der Tür. Wirkliche Verbesserungen für die Polizei im Personalbereich könnte man vor der Landtagswahl gut verkaufen. Warum tut man es nicht? Oder werden wir nach der Landtagswahl im Januar 2008 mit weiteren Einschnitten konfrontiert, die bis dahin zwischengelagert und mit „Föderalismusreform“ umetikettiert werden und dann das Tageslicht erblicken? Dabei ist man zügi-

ges Handeln der Landesregierung durchaus gewohnt. Die Novellierung zum Personalvertretungsgesetz und die damit verbundenen Einschnitte bei den Personalräten wurden im Rekordtempo vor den Personalratswahlen durchgepeitscht. Es geht doch!

Zu den großen Problemstellungen gehört zweifelsfrei der Stellenkegel der hessischen Polizei. Ohne Verbesserung der Stel-



... geht doch!

lenstruktur werden wir in absehbarer Zeit eine Entwicklung erleben, die mit einer geordneten Karriereplanung nicht viel gemein hat. Bei der gegenwärtigen Verteilung ist davon auszugehen, dass viele Kolleginnen und Kollegen in den ersten Jahren ihrer Laufbahn zum/zur Kommis-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

sar/-in und Oberkommissar/-in befördert werden und dann für rund 30 Jahre keine Beförderungsmöglichkeit erhalten. Gleiches gilt auch für den höheren Dienst. Ich erspare mir an dieser Stelle weitere Ausführungen über motivationsfördernde Rahmenbedingungen einer Organisation mit rund 14 000 Vollzugsbeamten und rund 5000 Tarifbeschäftigten.

Es ist daher zwingend notwendig, diese unsägliche Stellsituation zu korrigieren. Dazu hat die GdP Ideen entwickelt und unseren Innenminister mit Schreiben vom 19. Dezember 2005 in Kenntnis gesetzt. Am 28. August 2006(!) hat uns der Innenminister geantwortet und mitgeteilt:

„... Eine darüber hinausgehende zusätzliche Aufwertung der Planstellenstruktur halte ich in Anbetracht der bestehenden finanziellen Rahmenbedingungen derzeit nicht realisierbar. Eine solche Aufwertung der Planstellenwertigkeiten wäre hier wohl nur durch eine Absenkung anderer Planstellen oder

gar einen Planstellenabbau möglich...“

Mit Beginn dieses Jahres hat der Planstellenabbau von 360 Vollzugsstellen begonnen und ist bittere Realität. Folgt man der Logik unseres Innenministers, könnten jetzt Strukturverbesserungen des Stellenplanes vorgenommen werden. Die Kosten für eine Strukturverbesserung, um den Stellenanteil von

A 11 bis A 13 auf zusammen 30 Prozent (bisher 21 Prozent) zu heben, wären überschaubar, zumal die Umsetzung des Programms auf fünf Jahre gestreckt werden könnte. Besonders die Erweiterung von Stellen im A-11-Bereich würde hinsichtlich Motivation, Chancen für Übergeleitete und letztendlich einer transparenten Dienstpostenbewertung mit Mindeststan-

dards eine hervorragende Ausgangsbasis für ein modernes Personalentwicklungskonzept bedeuten.

Die GdP hat bereits seit Monaten Ideen entwickelt und fordert die Politik auf, endlich ihrer Verantwortung nachzukommen. Die schlanke Formel heißt: **Anpacken statt taktieren!**

Wir werden sehen!

Jörg Bruchmüller

UNFALLVERSORGUNG DER WACHPOLIZEI

Und wie geht es weiter?

Noch vor wenigen Wochen haben wir als GdP für die Beschäftigten der Wachpolizei „ein Weihnachtsgeschenk der besonderen Art“ präsentieren können. Wir alle konnten auch ein Stückweit Stolz auf das erste Ergebnis der Unfallabsicherung für die „gefahreneneigte Tätigkeit“ aller Wachpolizistinnen und Wachpolizisten sein.

Vom ersten Tag der konkreten Forderung, das war das erste GdP-Forum der Wachpolizei in Kleinlinden, bis zur Umsetzung eines ersten spürbaren Schrittes hat es immerhin zwei Jahre gedauert.

Aber es ist Bewegung in die Diskussion um die eigentlich nicht mehr hinwegzudenkende Einrichtung gekommen.

Die Tatsache, dass Wachpolizistinnen und Wachpolizisten nach dem aktuellen Erlass eine einmalige Unfallentschädigung gemäß Beamtenversorgung erhalten können, wenn nach einem Arbeitsunfall die Erwerbsfähigkeit um mindestens 50 Prozent gemindert ist und das Arbeitsverhältnis beendet werden muss, war ein erster sicher notwendiger Schritt in die richtige Richtung.

Von einer sprichwörtlichen unfallversorgungsrechtlichen Gleichstellung mit Beamten in gleicher Situation sind wir allerdings noch ein ganzes Stück entfernt.

Tritt für einen unfallverletzten Beschäftigten der Wachpolizei keine Erwerbsminderung ein (was ihm sicher in jedem Einzel-

fall zu wünschen ist) und es beginnt eine langfristige Heilbehandlung, so gilt nach wie vor die Regelung der Unfallkasse Hessen mit den bekannten Einschränkungen bei Gehaltsfortzahlung nach sechs Wochen und der sogenannten Aussteuerungen der Krankenkassen. Schon ein alltäglicher Verkehrsunfall bringt ganz schnell die Ernüchterung und die Feststellung: **„Halt eben nur beamtenähnlich“** – denn Beamte/-innen müssen sich in solchen Fällen um ihre Gehaltsfortzahlung wenig Sorgen machen.

Wenn es also zum heutigen Zeitpunkt relativ unwahrscheinlich ist, dass mit der Einrichtung der Wachpolizei eine Verbeamtung einhergeht, so ist nach wie vor im Bereich der Unfallversorgung Nachbesserungsbedarf. Ansatzweise ist diese Nachbesserung kraft Gesetzes bei Angestellten im Feuerwehrdienst erfolgt.

Unfallversorgung der Wachpolizei – und wie geht es weiter?

Diesem Beispiel folgend sollten wir nicht ruhen, die Unfallversorgung für unsere Wachpo-

lizei noch „beamtenähnlicher“ oder einfach identisch zu gestalten. Ihr alltäglicher Einsatz im Objektschutz, dem Gefangenentransport und der Unterstützung bei verkehrspolizeilichen Maßnahmen rechtfertigt allemal diese Anstrengung und die entsprechende Forderung.

Wie gesagt, der erste Schritt in die richtige Richtung ist gemacht. Lasst uns gemeinsam jede sich bietende Möglichkeit nutzen, um solche berechtigten Überlegungen einzubringen, zu diskutieren und über die politische Schiene umzusetzen, auch wenn es wieder ein paar Jahre dauern sollte.

Eigentlich sollten Wachpolizisten zusätzlich zur Vollzugspolizei eingestellt und auf Tarifstellen geführt werden. Es ist ja sicher kein Geheimnis mehr, dass diese Angestellten fast ausschließlich auf Stellen des Vollzuges geführt werden. Gerade deshalb ist ein dringender Ersatz geboten, um die verständlichen Unterstützungsbedürfnisse auch in den Flächendirektionen endlich wieder befriedigen zu können.

Wir werden als GdP zeitnah entsprechende Forderungen einbringen, um der Wachpolizei endlich zu dem Stellenwert zu verhelfen, den sie mit ihrem alltäglichen Einsatz zum Schutz unserer Bürger lange verdient hat.

GdP Hessen



**Deutsche
Polizei**

Ausgabe:

Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:

Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:

Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

GdP-STERN-VERLEIHUNG

Bis dann, Jan! GdP-Stern 2006 in guten Händen bei „Dirk Matthies“ oder auch Jan Fedder

Es ist schon eine große Auszeichnung, die die GdP Kassel fast jedes Jahr verleiht: Der GdP-Stern. Die Auszeichnung, die weder mit Geld noch mit anderen „Lorbeeren“ dotiert ist, stellt eine der authentischsten Auszeichnungen in der Reihe von ausgelobten Preisen in der Bundesrepublik dar, weil sie von Polizistinnen und Polizisten an Personen vergeben wird, die sich für die Polizei und ihre Anliegen stark machen oder aber das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit positiv transportieren.

Jan Fedder wurde diesmal ausgewählt. Ein Schauspieler mit Ecken und Kanten, mit vielseitigen Gesichtern und einem besonders hohen Maß an Glaubwürdigkeit bei der Darstellung seiner Charaktere.

Dirk Matthies, der von ihm gespielte Streifenbeamte des 14. Revieres in Hamburg, ist ein Schutzmann, der in seinem Revier lebt, der den Kiez kennt, für viele Menschen eine feste Größe ist und zu dem selbst die Ganoven Vertrauen haben. Er geht seinen unkonventionellen, aber geraden beruflichen Weg und ist unangefochten seit vielen Jahren in der ARD-Vorabendserie die Hauptfigur. Geschaffen wurde diese Serie von Jürgen Roland, dem bekannten norddeutschen Krimi- und Drehbuchautor, der mit dem Großstadtrevier das Image der Schutzpolizei aufpolieren wollte. Deshalb sind im „Großstadtrevier“ die Helden nicht die ermittelnden Kriminalbeamten, es geht nicht um spektakuläre Fälle und Action, sondern um die Arbeit des „Schutzmanns um die Ecke“, der sich einer Ruhestörung mit der gleichen Besonnenheit annimmt, wie einem Raub. Dessen Vielseitigkeit, Einsatz- und Hilfsbereitschaft zu hoher sozialer Anerkennung und Wertschätzung führt – und der damit als Filmfigur das verkörpert, was das Bild der Bevöl-



Dirk Matthies, alias Jan Fedder, ein Schauspieler, der seine Rolle als Polizist mit besonders hohem Maß an Glaubwürdigkeit spielt.

kerung von „ihren Schutzleuten“ prägt.

Am Freitag, dem 23. Februar, kam Jan Fedder mit dem ICE nach Kassel. Selbstverständlich 2. Klasse, Raucherabteil. Norbert Birnbach und Volker Zeidler nahmen ihn auf dem Bahnsteig in Empfang. Wen wundert es dann, wenn wir zunächst im Präsidium mit ihm im Revier Mitte einliefen. Und wie im richtigen Leben hatten die Kolleginnen und Kollegen dort gerade Kundschaft in Form eines volltrunkenen Randalierers, so dass wir erstmal die Leitstelle besuchten. Norbert Israel und seine Mannschaft erläuterten dem Halbfachmann und „Kollegen Matthies“ die Technik und die Besonderheiten der Kasserler Einsatzsteuerung. Dann noch einen Abstecher auf das Revier Mitte, wo jetzt endlich die Wache besuchsfertig ist, und dann noch zum KDD, wo er sich mit Frank Theis austauschte.

Um 17.10 Uhr ging es dann endlich in den proppevollen Gesellschaftssaal des PP Nordhessen. Familie Seht hatte die Nebenräume des Betriebsrestaurants fein hergerichtet und die Gäste warteten schon voller Spannung auf Jan Fedder. Der

wurde dann auch wieder im Scheinwerferlicht der Kameras und im Blitzlichtgewitter der Journalisten zu seinem Platz geführt. Norbert Birnbach begrüßte ihn und die zahlreichen Ehrengäste, darunter OB Hilgen, MdB Dr. Jürgen Gehb, den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Kassel, Hendrik Jordan, die Landtagsabgeordnete Eva Kühne-Hörmann, Günter Rudolph und Uwe Frankenberger sowie Vertreterinnen und Vertreter aus zahlreichen Landkreismеinden. Manfred Schaub, der Bürgermeister Baunatal's, kam etwas später hinzu.

Dann hielt OB Bertram Hilgen sein Grußwort und brachte seine Freude zum Ausdruck, dass

die GdP Kassel eine so gute Wahl getroffen habe. Sein Grußwort enthielt viel Lob an den Preisträger und war eine schöne Grußbotschaft an den Preisträger Jan Fedder. Auch Jörg Bruchmüller hielt ein kurzes Grußwort, nicht ohne kritisch auf die Vorkommnisse rund um die Demonstration der Landes-GdP rund zehn Tage zuvor einzugehen. Er verwies auf die Entgleisung des Ministers und endete in einem versöhnenden Wort, dass die GdP bereit sei, mit der Landesregierung zu verhandeln. Norbert Birnbach ging in seiner Laudatio auf die aktuelle gewerkschaftliche Situation ein, bevor er dann die Leistungen des Schauspielers würdigte. Seine Verdienste um die Darstellung der Polizei und besonders des Polizisten oder besser des Schutzmanns seien eine herausragende Werbung für die Institution Polizei. Dann wurden der Stern und einige kleine Präsente, darunter zwei blaue Schulterstücke eines Ersten Polizei-

Fortsetzung auf Seite 4



Kreisgruppenvorsitzender Norbert Birnbach (rechts) verleiht den GdP-Stern an Dirk Matthies (links).



Viele waren gekommen, um Jan Fedder live zu erleben – es hat sich gelohnt!

Fortsetzung von Seite 3

hauptkommissars mit fünf Sternen, überreicht. In der neuen Staffel leitet Dirk Matthies das 14. Revier als Kommissar und da meinte selbst Norbert Birnbach,

dass das durchaus mehr verdiene. Die Rede des Preisträgers hatte es in sich. Er ging auf die Polizei, die Gewerkschaft und das Umfeld der Polizei ein. Es war eine tolle, amüsante Rede, die von viel Witz, Ernsthaftigkeit und

nem der größten Serienerfolge der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten. Jan Fedder, der hobbymäßig auch einer Rockband mit Erfolg angehört, schmetterte dann noch ein norddeutsches, plattdöisches Lied,

auch einer gewissen Selbstironie geprägt war. Jan Fedder, aufgewachsen als Kind auf dem Kiez, die Eltern betrieben eine Seemannskneipe, musste sich in der Jugend entscheiden, welchen Weg er geht. In einem Interview hatte er mal gesagt „Bulle oder Bruch“ und er hat sich für den ersten Teil entschieden, wenn auch nur als Schauspieler, aber dafür mit einem

das er um eine eigene Strophe ergänzte und erzählte noch einen Witz. Auch der Witz war plattdeutsch und wir haben ihn verstanden – obwohl das bei einem echten Hamburger Jungen nicht immer leicht ist. Danach war Feiern und Autogrammstunde angesagt! Unermülich schrieb Jan Fedder seinen Spruch: „Bis dann, Jan!“ auf seine Autogrammkarten. Die Schlange riss nicht ab. Um kurz vor Acht war es dann soweit: Zeit zum Aufbruch, weil das Abteil im ICE nach Hamburg für 20.20 Uhr gebucht war. Denn die neuen Staffeln der Serie und die gesamte Filmcrew wurden in einer Live-Sendung im NDR in der Aktuellen Schaubude vorgestellt. Jan winkte der Gästeschar zum Abschied zu und uns blieb nur zu sagen:

Bis dann, Jan!!!

Volker Zeidler

Fotos: Dirk Kleinhans
Simone Sauerländer

PERSONALRÄTE VOR ORT

Einsatzlagen belasten die hessische Polizei



Jens Mohrher

G-8-Gipfel 2008 = 10 000 Polizei-beamtinnen und Polizei-beamte. So oder so ähnlich lautet die Gleichung, die zum G-8-Gipfel in diesem Jahr das eingesetzte Kräftepotenzial der Polizeien der Länder und der Bundespolizei widerspiegeln.

Heiligendamm, das bereits anlässlich des Staatsbesuches von G. W. Bush einer Festung glich, wird erneut zum Sicherheitsbollwerk. Für das Land Mecklenburg-Vorpommern handelt es sich um einen Jahrhundertereinsatz, der wohl in dieser Größe nicht mehr stattfinden wird. Es sei denn, die Bundeskanzlerin veranstaltet in den nächsten Jahren dort noch einmal eine Grillparty.

Nach Auskunft des Innenministeriums MV werden 10 000 Polizistinnen und Polizisten vom 6. bis 8. Juni im Einsatz sein. Davor allerdings auch viele, diese Zahl wurde nicht genannt.

Glaubt man dem Innenministerium in Mecklenburg-Vorpommern, wird das Land selbst 5000 Polizistinnen und Polizisten stellen. Ob hier allerdings die täglichen Regeldienste eingerechnet wurden, zieht sich unserer Kenntnis.

Besonderes Augenmerk gilt der Tagungsstätte in Heiligendamm. Man rechnet naturgemäß bei den G-8-Gipfeln mit Demonstrationen von Globalisierungsgegnern.

Hoffentlich mit weitestgehend friedlichem Verlauf. Auch aus diesem Grund wird derzeit ein 13 Kilometer langer Zaun um die Tagungsstätte errichtet.

Wie bereits bei den Einsatzmaßnahmen Bush 2006 wird auch seeseitig ein Sicherheitsstreifen errichtet. Sicherlich wird man hier auch auf die erprobten Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei zurückgreifen.

Wenn die hessische Bereitschaftspolizei ihre Kräftezusage erfüllen wird, dafür spricht auch die Urlaubssperre für die BePo, werden Lagen in Hessen durch Kräfte des polizeilichen Einzeldienstes abgedeckt.

So weit, so gut. Dafür gibt es ja die entsprechende Konzeption, die eine Gestellung von Alarmhundertschaften der Polizeipräsidien vorsieht. Bei der erfolgten Personalreduzierung in der hessischen Polizei, immerhin werden die PVS-Stellen (Vollzug) 2007 und 2008 offenbar, wird es spannend sein, wie die teilweise unterbesetzten Dienstgruppen die zusätzlichen Dienste schultern werden bzw. können.

Der Polizeipräsident aus Frankfurt am Main, Dr. Achim Thiel, warb indes im Februar vor den Einsatzlagen in einer Intra-Pol-Veröffentlichung bereits um Verständnis bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Im Zusammenhang mit den Lagen Opernball 2007, dem DFB-Pokalspiel und Revierderby Kickers gegen Eintracht und dem informellen Treffen der EU-Verteidigungsminister in Wiesbaden schrieb Dr. Thiel:

PERSONALRÄTE VORORT

„Aufgrund der Erkenntnisse zu den einzelnen Veranstaltungen, die wir im Zuge der Einsatzvorbereitungen gewonnen haben, müssen wir den Kräfteinsatz teilweise sehr hoch ansetzen. Wir werden an einzelnen Tagen das Maximalkontingent für die Alarmhundertschaften beinahe voll ausschöpfen. Dies wird zweifellos dazu führen, dass Ihnen, zu den Beanspruchungen, denen Sie im täglichen Dienst

ausgesetzt sind, noch zusätzliche Belastungen abverlangt werden. Ich bitte Sie um Verständnis.“
Auch der westhessische Behördenleiter Peter Frerichs warb im Intranet für Verständnis:
„Bei der ursprünglichen Planung war es vorgesehen, eingesetzte Beamtinnen und Beamte nach einer Dienstzeit vor Ort von acht Stunden abzulösen. Im Zuge der Vorbereitungen und mit

Blick auf die zur Verfügung stehenden Kräftekontingente kann dieses Vorhaben leider nur in Teilbereichen umgesetzt werden. Es gibt auch Einsatzabschnitte, in denen Kräfte etwa zwölf Stunden im Dienst gebunden sind, wozu die An- und Abfahrt noch addiert werden muss. Daher möchte ich schon jetzt bei allen Kolleginnen und Kollegen um Verständnis für die entstehenden Mehrbelastungen bitten und

mich ganz herzlich für Ihren persönlichen Einsatz bedanken.“
Mit Blick auf die Projektgruppe Bereitschaftspolizei bleibt zu hoffen, dass deren Ergebnis die Bereitschaftspolizei nicht übermäßig personell zur Ader lassen wird.
Sonst könnte die Gestellung der Alarmhundertschaften künftig ein einzuplanender Ergänzungsdienst werden.
Jens Mohrherr

KREISGRUPPE BEPO KASSEL

Jahreshauptversammlung

Am Dienstag, dem 16. Januar, fand in der IV. BPA Kassel die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe BePo Kassel statt.

Nach dem Kassenbericht des Kassierers Winfried Koch, der die Finanzen der Kreisgruppe wie immer gut zusammenhielt, verabschiedete der Vorsitzende Joachim Vollmer mit Dank und kleinem Geschenk den stellvertretenden Kassierer, Ralf Gutheil, der zum 1. Februar 2007 zum PP Nord versetzt wird.

In seinem Bericht stellte Joachim Vollmer zu Beginn klar, dass die Kreisgruppe mit Beginn des Jahres viele Tarifbeschäftigte und davon viele Mitglieder an das neu geschaffene Immobilienmanagement verloren hat. Wenn auch tarifliche Absicherungen unstrittig weiter Gültigkeit haben, bleibt die persönliche Betroffenheit, nach Jahrzehnten erfolgreicher Arbeit, nicht mehr ein wichtiger Teil der hessischen Polizei zu sein.

Mit der Forderung an das Land Hessen, den tarifvertraglichen Gremien wieder beizutreten und in Verhandlungen mit den Gewerkschaften auch für hessische Tarifbeschäftigte angemessene Lohnerhöhungen auszuhandeln, wandte sich Joachim Vollmer weiteren Problemen zu.

Er stellte im Überblick dar, welche Auswirkungen die Neugestaltung der Zuständigkeiten

zwischen Bund und Länder auf die beamteten Mitglieder haben kann.

Schon zu Beginn des Jahres überschlugen sich Pläne und Ankündigungen verschiedener Landesfürsten im Hinblick auf Besoldung einschließlich Sonderzuwendungen, Pensionen und Pensionseintrittszeiten.

Ähnlich wie in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts stellt sich Deutschland an die Spitze der Vielstaaterei. Die Ergebnisse sind bekannt. Unterschiedliche Finanzausstattungen führen zu unterschiedlichen Arbeitsqualitäten in der Republik und damit zu einem Weniger an Verlässlichkeit für den Bürger.

Erneut, so Joachim Vollmer, stehe die Bereitschaftspolizei auf dem Prüfstand. Trotz Lobeshymnen der politisch Verantwortlichen nach erfolgreichen WM-Einsätzen und einer Masse weiterer Großlagen, die die Bereitschaftspolizei und die Flächenpräsidien nur unter hohem Aufwand, wochenlangem Abwesenheit von Zuhause, Urlaubssperre und Tausenden von Mehrarbeitsstunden ableisten konnten, befasst sich eine Kommission zum dritten Mal in zehn Jahren mit einer Neu-Strukturierung der Bepo.

Es bleibt unerklärlich, dass wieder Unsicherheit unter den Beschäftigten erzeugt wird unter der angeblichen Prämisse, Ablaufstrukturen zu straffen.



V. l.: Werner Sippel (40 Jahre Mitgliedschaft), Winfried Koch (30 Jahre Mitgliedschaft), KG-Vorsitzender Joachim Vollmer, Sigggi Bayer (40 Jahre Mitgliedschaft) und Dieter Bolte (55 Jahre Mitgliedschaft).

Nicht selten versehen in der Bereitschaftspolizei Kollegen/-innen ihren Dienst, die sämtlicher beruflicher Perspektiven beraubt sind und mehrfach in kürzester Zeit für sie völlig neue Arbeitsfelder zugeteilt bekommen. Wohl gemerkt nicht mit dem Hintergrund einer Bewerbung auf eine Beförderungsstelle oder Höhergruppierung. Im Gegenteil, diese Aussichten verschlechterten sich durch den Wechsel zusätzlich.

Die Bepo weiß die zurückliegenden Reformen zu werten, die in erster Linie zu Einsparungen von Planstellen führten. Parallel dazu wurden Aufgaben erweitert (länderübergreifende Einsätze, betriebswirtschaftliche Elemente, IZEMA...). Und dazu Arbeitsgruppen, Arbeitsgruppen, Arbeitsgruppen ...

Die GdP wird sich die Ergebnisse genau ansehen und bei Bedarf aus ihrer Sicht die Ergebnisse öffentlich kommentieren und Forderungen stellen.

Zum Abschluss ehrte Joachim Vollmer verdiente Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft.

**Uwe Bartel
Kassel**

Zahlreiche Ehrungen

Der Vorsitzende Holger Schmidt gab in seinem Bericht einen Rückblick über das abgelaufene Jahr der Kreisgruppe Gießen/Wetzlar. Mit einem Mitgliederstand von 503 Mitgliedern ist sie die größte im Bezirk Mittelhessen. Es wurden wieder Gespräche mit Politikern gesucht. So traf man sich u. a. mit MdL Irmer und MdL Schäfer-Gümbel, um aktuelle gewerkschaftliche Themen der Politik näherzubringen. Holger Schmidt führte weiter aus, dass die Kreisgruppe wieder ein Skatturnier in Wetzlar ausgerichtet hat und auf einigen anderen Veranstaltungen mit einem Infostand präsent war. Im kommenden Jahr wird die Kreisgruppe Gießen-Wetzlar Computerseminare in eigener Regie anbieten. Angedacht sind u. a. Word-, Excel- und Internetseminare.

Die Veröffentlichungen der AG Personal bescherten dem PP Mittelhessen 96 zusätzliche Vollzugsstellen. Dadurch ist es möglich, dass alle 54 Vollzugsstellen der Jahrgänge 1947/1948, die ohne Ersatz gestrichen worden wären, wieder besetzt werden können. Somit wurde eine langjährige Forderung der Gewerkschaft der Polizei in Mittelhessen durch Innenminister Volker Bouffier umgesetzt. Besonders begrüßenswert ist dabei noch die Tatsache, dass der Streifen- und Ermittlungsdienst durch weitere 52 zusätzliche Stellen verstärkt wird und damit direkt in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Mittelhessen investiert wurde. Ein weiterer Schwerpunkt ist nach wie vor die Angst einiger Mitarbeiter in Bezug auf das hessische Immobilienmanagement. Die Reinemachefrauen werden alle vom 1. Januar 2007 zum hessischen Immobilienmanagement übernommen.

Kritisch wurde durch Holger Schmidt der zum 1. Januar 2007 geplante Verkauf des Polizeipräsidiums bewertet und die Rentabilität solcher Maßnahmen auf



Zahlreiche Teilnehmer

lange Sicht bezweifelt. Die Verbesserung der Versorgung der Wachpolizei ist ein Thema, welches durch die GdP Mittelhessen angestoßen wurde und kurz vor einem Abschluss steht. Die letzte Hürde sei das Finanzministerium, wo die Sache zurzeit zur Entscheidung vorliegt. Mit dem Hinweis, dass die neue blaue Uniform hessenweit bis Ende 2007 für den Tagesdienst und bis Anfang Januar 2008 an den Schichtdienst ausgeliefert sein soll, schloss Holger Schmidt seinen Bericht ab.

Die Kassierererin Christiana Müller-Spalek erläuterte anschließend die Kassenbestände. Ihr wurde durch den Kassenprüfer Rainer Dietz eine ordentliche und einwandfreie Kassenführung bescheinigt.

Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Mittelhessen, Harald Dobrindt, sprach anschließend über gewerkschaftspolitische Themen, die die Polizei in Mittelhessen im vergangenen Jahr bewegten. Er führte aus, dass man sich an den Protestveranstaltungen in Mainz, Wiesbaden und Frankfurt beteiligt habe, um gegen die Kleinstaaterei, die Föderalismusreform und die zahlreichen sozialen Einbußen der letzten Jahre zu demonstrieren. Gut angekommen sei die Betreuung der Kolleginnen und Kollegen während der Fußballweltmeisterschaft durch die GdP. Beklagenswert ist nach wie vor die starre Haltung des hessi-

schen Ministerpräsidenten und der damit verbundene Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder. Derzeit zeichne sich noch keine Lösung des Problems ab.

Anschließend nahmen Holger Schmidt und Harald Dobrindt die Ehrungen vor. Es wurden geehrt: für 60 Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit **Gerhard Renner**, für 50 Jahre **Margarete Steinhaus** und **Diether Spieß**.

40 Jahre in der GdP sind: **Manfred Kraft, Jürgen Klein, Lothar Hillgärtner, Peter Schmiedel, Karl Zimmermann und Herwig Schreiber**. Für 25 Jahre wurden **Heinz Gerber, Wolfgang Kühn, Jürgen Planz und Peter Simshäuser** geehrt.

Abschließend dankte Holger Schmidt allen Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen.

Andreas Grün

Ballungsraumzulage abgelehnt

Beamte in Städten mit hohen Lebenshaltungskosten müssen nicht besser bezahlt werden als ihre Kollegen auf dem Land. Das Bundesverfassungsgericht lehnte eine „Ballungsraumzulage“ für Staatsdiener in Großstädten ab. Die Verfassungsbeschwerde eines Münchner Polizisten hatte damit keinen Erfolg.

Der Kläger hatte argumentiert, dass er aufgrund der hohen Mieten und Lebenshaltungskosten in München im Endeffekt weniger verdiene als ein rangniedrigerer Beamter in Bayreuth. Damit werde das Grundrecht auf eine amtsange-

messene Beamtenbesoldung verletzt. Nach den Worten der Karlsruher Richter steht es dem Gesetzgeber nach den Grundsätzen des Berufsbeamtentums im Grundgesetz zwar frei, je nach örtlichem Preisniveau Abstufungen bei der Besoldung vorzunehmen. Eine verfassungsrechtliche Pflicht dazu bestehe aber nicht. Allerdings sei es die „Aufgabe“ des Gesetzgebers zu beobachten, ob sich die Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten zwischen Stadt und Land vertiefen und damit ein Ausgleich notwendig werden könnte.

KOMMENTAR

Streitkultur



Gerhard Kastl

Interessen und Meinungen unterscheiden sich wie Menschen selbst. Intellekt, Bildung und Informationsmangel, aber auch Sprache und Temperament führen häufig zu Missverständnissen, Missdeutungen und Konflikten. Hitzige Wortwechsel und Unnachgiebigkeit eskalieren nicht selten zu Beleidigungen und Handgreiflichkeiten. Gipfel unkultivierten Streitverhaltens sind kriegerische Auseinandersetzungen, bei denen Herrschende Beherrschte missbrauchen. Abhängige würden sich unmanipuliert gegenseitig wohl kaum (auch noch auf Distanz und anonym!) Schaden zufügen und umbringen.

Meinungsunterschiede gehören zum Leben. Sie sind wichtig und normal. Unnormal ist, sie in abnorme Reaktionen ausarten zu lassen. Es kommt daher darauf an, Strittiges kultiviert zu bewältigen. „Streit“ und „Kultur“ sind, zugegeben, sich widersprechende Begriffe (Paradoxa), aber gekoppelt (scharfsinnig-dumm = Oxymoron) eine beliebte Stilfigur, wie „alter Knaube“ oder „Luxusscheune“. **Streitkultur** gehört inzwischen nicht nur zum gebräuchlichen Wortschatz (Duden 24. Auflage, Seite 977), sondern als Folge leidvoller Erfahrungen entarteter Gegensätze zum notwendigen zivilisierten Verhalten. So gesehen, müsste **Streitkultur**

Schulthema, allgemeines Bildungsideal und Geschäftsordnungsprinzip in Politik, Wirtschaft, Handel, Vereinen, – praktisch in allen Lebensbereichen sein.

Doch wie sieht die Realität aus? Abhängigkeiten und Bindungen wirken wie Prellböcke: Bis dahin und nicht weiter! Ohne mich! Parteiliche wie religiöse Dogmen sind als Denkblockaden selbst durch Vernunftargumente kaum zu erweichen. Abschreckende Beispiele bieten medienpräzente (Negativ) „Vorbilder“. Mehrheiten und Beschlüsse zu erstreiten, ist unserer Parteiendemokratie immanent. Parteiprogramme, Koalitions- und Oppositionsaufgaben institutionalisieren Parteienstreit. Leider wird politisch oft mehr gestritten als entschieden. Es ist bedauerlich, dass destruktive Medieneinflüsse und raffinierte Werbestrategien, aber auch subtile Glaubensdogmen bei schlicht Denkenden häufig als Konfliktquelle wirken und zu irrationalen Reaktionen führen.

Sicher hätte sich viel Unheil auf der Welt verhindern lassen und würde auch künftig nicht geschehen, wenn wenigstens Verdummung strafbar wäre, solange Dummheit selbst nicht heilbar ist.

Befehl und Gehorsam schließen Streitkultur aus. Konflikte werden unterdrückt, schwelen weiter. Auch Machtgefälle (Boß – Arbeitnehmer, Eltern – Kind) bieten keine günstigen Voraussetzungen für klärenden Streit. In der Regel beendet ein „Machtwort“ jede Diskussion. Gleichfalls hinderlich sind soziale Einstufung und Bildung. Im Argumentationsaustausch wird überlegen sein, wer mehr Wissen, Redegewandtheit und Selbstsicherheit besitzt. Dennoch bleibt es jedem schwierig, persönliche Interessen zu versachlichen und Sachprobleme nicht ins Persönliche entgleiten zu lassen. Konfliktduzierung und -vermeidung

kann auch darin bestehen, auf Weiterverbreitung von Gerüchten, Halb- und Unwahrheiten zu verzichten und nicht über andere, sondern mit Betroffenen über das Problem zu sprechen. Offenheit, Mut zur Wahrheit und zur klärenden Aussprache zum günstigen Zeitpunkt ist der Sache und Betroffenen dienlich.

Auch gewerkschaftliche Beschlussgremien sind nicht frei von abweichenden bis gegensätzlichen Ansichten und Interessen. Ob Junge-, Senioren-, Frauen- oder Laufbahngruppe, Angestellte, Arbeiter oder Beamte, Kripo, Schupo, Wapo oder Bepo aus Nord-, Mittel-, West-, Ost- oder Südhessen, jede Sparte und Gruppe ist berechtigt daran interessiert, nicht ins Hintertreffen zu geraten. Derart viele Belange in allseits akzeptierbare Beschlüsse münden zu lassen, wird aber nur dann gelingen, wenn Beteiligte ein paar Grundregeln für **fairen** Streiten beachten.

Nicht jene, die streiten, sind zu fürchten, sondern jene, die ausweichen.

Marie von Ebner-Eschenbach

Kultiviertes Streiten ist grundsätzlich von Vernunft gesteuertes Streben nach besten Lösungen und Ergebnissen. Intensives Bemühen um beste Ergebnisse finden wir bei sportlichen und Wahlwettkämpfen, Ideenwettbewerben und Podiumsdiskussionen, Preis- und Tarifverhandlungen, Schlager- und Schönheitswettbewerben oder Aktionen wie „Unser Dorf soll schöner werden“ und „Jugend forscht“ und sogar bei Klausuren und Prüfungen. Ungetriebener Erfolg wird aber in der Regel nur dann eintreten, wenn bestimmte (friedliche) Streitregeln beachtet werden. Dazu können u. a. gehören: Konflikte analy-

tisch ansprechen, Streitregeln vorschlagen und vereinbaren (zum Beispiel: Sprechzeit und Ziel), geduldig Zuhören und Nachfragen, Partner/Gegner zur Offenheit ermutigen und selbst nichts beschönigen oder verschweigen, Gegenmeinungen akzeptieren, Überzeugungen tolerieren, Angst und Ärger ausschalten, sich selbst kontrollieren, niemanden in die Enge treiben, Geheimniskrämerei, Killerphrasen und Schuldzuweisungen vermeiden. Engagierte Sachbezogenheit wirkt überzeugend. Unangemessene Lautstärke ist abstoßend und lässt auf Überforderung schließen.

Diszipliniertes Streiten um die beste Lösung bei Problemen wie Konflikten, das zu einem akzeptablen Ergebnis führt, wird als Erfolgserlebnis empfunden und kann Gemeinschaftsgefühle Beteiligter stärken. „Bla, bla, bla ist immer besser als bum, bum, bum“ (W. Churchill). Die auf den kleinsten Nenner gebrachte Weisheit ist ein einfacher Schlüssel dafür, durch geduldiges, aufklärendes Reden menschliche Werte zu bewahren und nicht zu vernichten. Wer klug ist, streitet und schießt nicht.

Gerhard Kastl
Mainz-Kastel

HINWEIS

Redaktionsschluss Ausgabe Mai 2007 ist der 1. 4. 2007.

GdP-Rhetorik-Seminare

Wegen der überaus großen Nachfrage bietet die GdP Hessen weitere Rhetorik-Seminare an.

Aufbauseminar „Selbstverteidigung mit Worten“

Termin: 2.–3. Mai 2007 in Wiltingshausen-Zella

Voraussetzung: Rhetorik-Grundseminar

Teilnehmer: interessierte GdP-Mitglieder

Grundseminar „Rhetorik“

Termin: 11.–13. Juni 2007 in Wiltingshausen-Zella

Teilnehmer: interessierte GdP-Mitglieder

Die Seminare sind für GdP-Mitglieder kostenlos.

Weitere Informationen unter: www.gdp.de/hessen

Anmeldung an:

GdP Hessen

z. Hd. Frau Brunner

Wilhelmstr. 60a

65183 Wiesbaden

Tel.: 06 11/9 92 27-30,

Fax: -27,

oder per Mail: gdp-hessen@t-online.de



- **Abbau der Vollzugsstellen**
- **Stellenabbau im Tarifbereich**
- **Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft**

EHRUNGEN

25-jähriges

Gewerkschaftsjubiläum

Achim Köhlthau

Kreisgruppe PHuSt

Helmut Ruhl

Kreisgruppe Büdingen

Edwin Großmann

Eduard Zuckrigl

Hartmut Birx

Manfred Simons

Egon Kugelstadt

Werner Scheid

Hans Ringeisen

Kreisgruppe PAST Wiesbaden

Hans-Jürgen Siebert

Wolfgang Peters

Kreisgruppe Kassel

Walter Sippel

Werner Selmayr

Bezirksgruppe Frankfurt a. M.

Peter Beckmann

Kreisgruppe HBP Lich

Manfred Walch

Kreisgruppe Darmstadt

Lorenz Stoehr

Kreisgruppe PAST Wiesbaden

Herbert Hartgen

Bezirksgruppe Frankfurt a. M.

40-jähriges

Gewerkschaftsjubiläum

Jürgen Kasper

Kreisgruppe HBP Mühlheim

Dieter Gaidies

50-jähriges

Gewerkschaftsjubiläum

Ernst Lißmann

Kreisgruppe Büdingen

60-jähriges

Gewerkschaftsjubiläum

Alfred Schaefflein

Kreisgruppe HBP Mühlheim

Karl Schneider

Kreisgruppe Kassel

Fritz Sacoph

Bezirksgruppe Frankfurt a. M.

75-jähriges

Gewerkschaftsjubiläum

Johann Groß

Bezirksgruppe Frankfurt a. M.

Wir trauern um



Franziska Dinger
23 Jahre



Kostantinos Karatolios
27 Jahre

Beide hatten ihre Polizeikarrieren noch vor sich.

Immer dann, wenn Menschenleben zu beklagen sind, ist Trauer allgegenwärtig. Auch im Kreise der Polizeibeschäftigten sind Todesfälle von Kolleginnen und Kollegen immer ein Grund, innezuhalten und über den nicht immer alltäglichen Dienst nachzudenken.

Ein tragischer Verkehrsunfall während eines gemeinsamen Nachtdienstes riss das Streifenteam in der vergangenen Woche aus unserer Mitte.

Franziska war erst zum 1. Februar diesen Jahres in den polizeilichen Einzeldienst versetzt worden und Kostantinos, Angehöriger der Hessischen Bereitschaftspolizei, befand sich derzeit in einer Abordnung zur Polizeidirektion Main-Taunus.

Wir werden den beiden ein ehrendes Andenken bewahren.



Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hessen

ES VERSTARBEN

Achim Schmidt

Kreisgruppe Bad Vilbel

Wilhelm Kadel

Kreisgruppe Groß-Gerau

Otto Debus

Kreisgruppe Rheingau

Kostantinos Karatolios

Bezirksgruppe HBP

Franziska Dinger

Kreisgruppe

Main-Taunus-Kreis

Mathilde Viehmann

Bezirksgruppe Ffm

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.